

Gemeinwohl muss verdient werden

Der gesetzliche Auftrag reicht nicht

(BS/Timo Meynhardt*) Zwischen der Feuerwehr und der Europäischen Zentralbank (EZB) liegen Welten. Dies nicht nur mit Blick auf den Aufgabenbereich und das Selbstverständnis. Nein, auch dann trennen die beiden Welten, wenn man sie am Gemeinwohlbeitrag misst, wie ihn der Souverän – also die Bevölkerung selbst – feststellt. Genau dies ist das Ergebnis des erstmals in Deutschland veröffentlichten GemeinwohlAtlas. Wie wichtig den Deutschen das Thema Gemeinwohl insgesamt ist, zeigt eine Zahl: 85 Prozent der Befragten machen sich tendenziell Sorgen, dass dem Gemeinwohl in Deutschland zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet wird.

In der von der Universität St. Gallen und der HHL Leipzig Graduate School of Management durchgeführten Studie wurden bundesweit fast 8.000 Personen repräsentativ zum Gemeinwohlbeitrag von 127 Organisationen befragt. Einbezogen wurden u. a. DAX-Unternehmen, NGOs, Familienunternehmen, internationale Konzerne, große Fußballklubs und eben auch öffentliche Einrichtungen bzw. staatliche Institutionen. Es wurde jeweils der Beitrag in den Bereichen Aufgabenerfüllung ("leistet im Kerngeschäft gute Arbeit"), Zusammenhalt ("trägt zum Zusammenhalt in Deutschland bei"), Lebensqualität ("trägt zur Lebensqualität in Deutschland bei"), und Moral ("verhält sich anständig") eingeschätzt. Zusammen bilden diese vier Bereiche einen Gemeinwohl-Score, der die Platzierung in der Rangliste bestimmt.

Angeführt wird die im Internet veröffentlichte Rangliste (www.gemeinwohlatlas.de) von der Feuerwehr, dem THW und dem Weißen Ring. Insgesamt dominieren ganz vorn Institutionen, die vom Auftrag her per se dem Gemeinwohl verpflichtet sind bzw. dieses in besonderer Weise beachten müssen. Die Wirtschaft ist in den Augen der Deutschen nicht die erste Adresse, wenn es ums Gemeinwohl geht. Am Ende der Rangliste liegen Facebook, die Deutsche Bank und die Bild-Zeitung.

BA und EZB im Gemeinwohlurteil des Bürgers negativ

Während man fragen kann, welche Gemeinwohlrolle Unternehmen spielen sollten, liegt der Fall beim öffentlichen Sektor eindeutiger. Umso erfreulicher ist es, wenn der Stellenwert etwa der Bundespolizei, des Bundesverfassungsgericht und öffentlich-rechtliche Medienan-

stalten (Die Dritten, ARD, ZDF) genießen (in der Gesamtliste auf 5, 7, bzw. 11/15/17). Auch der Bundesregierung zollt die Bevölkerung Respekt und platziert sie in den mittleren Rängen (42). Bemerkenswert ist die schlechte Platzierung der Bundesagentur für Arbeit (BA) und der EZB. Beide Institutionen sind im Gemeinwohlorteil der Bevölkerung recht umstritten und landen insgesamt im hinteren Mittelfeld (86, 93) und mit Abstand hinter allen anderen öffentlichen Institutionen.

Exemplarisch sei hier die Kritik an der BA kurz angesprochen. Der Fall ist besonders interessant, denn nach Jahren intensiver Reformanstrengung ist es (bisher) nicht gelungen, die Umsetzung des Gemeinwohlauftrages in der Bevölkerung positiv zu besetzen. Woran liegt das?

Sofern es um Arbeitslosigkeit und damit schwierige Lebenssituationen geht, ist die BA vor Ort in den Kommunen präsent und hilft mit ihren Möglichkeiten. Sie ist zudem auf vielen weiteren Feldern aktiv und insgesamt ein ganz wichtiger Stützpfeiler der Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Sie war auch stets zur Stelle, wenn das Land vor großen Herausforderungen stand – sei es die Befriedigung des Arbeitskräftebedarfs in den Zeiten des Wirtschaftswunders durch Anwerbung und Vermittlung von Gastarbeitern, sei es die Leistung im Rahmen der Wiedervereinigung oder die Stützungsrolle in der Finanz- und Staatsschuldenkrise durch Kurzarbeitergeld oder sei es in diesen Tagen der Einsatz für die Integration der Flüchtlinge.

Das aktuelle Ergebnis im GemeinwohlAtlas ist bitter und muss die BA schmerzen: Ist die Bevölkerung so vergesslich, sieht jeder nur seinen persönli-

chen Nutzen und nicht das große Ganze? Oder gibt es tatsächlich Dinge (etwa Hartz IV, Disziplinierungsmaßnahmen), die aus Sicht der Bevölkerung Gemeinwohl zerstören? Wie für jedes Feedback kann nur gelten: es ohne Rechtfertigung annehmen und über die Bücher gehen. Dies darf man sich für alle in der Kritik stehenden Institutionen erhoffen.

Von der Politik und der Bundesagentur ist mindestens zu fordern, den angestrebten Gemeinwohlbeitrag besser zu erklären. Es geht letztlich um die Mitverantwortung für das Vertrauen in unsere Grundordnung und die sie tragenden Institutionen. Die Bevölkerung fordert von Unternehmen, ihre Legitimation nachzuweisen. Es gibt keinen Grund, warum nicht auch öffentliche Einrichtungen sich dem Gemeinwohlorteil der Bevölkerung stellen sollten. Keine Angst: Der Souverän ist hart, aber fair.

Ganz unabhängig von der BA gilt für alle öffentlichen Institutionen: Der Gemeinwohlauftrag markiert den Grund und die Grenze öffentlichen Handelns. Das Gesetz setzt dafür den Rahmen. Jedoch das geschriebene Wort ist geduldig. Es reicht heute nicht mehr aus, sich mit Verweis auf den Gesetzestext zurückzulehnen und aus dem Vollzug die Daseinsberechtigung abzuleiten. Entscheidend ist, wie der gesetzliche Auftrag umgesetzt wird. Denn: Nicht alles, was legal ist, ist auch legitim.

**Prof. Dr. Timo Meynhardt (43) ist Inhaber des Dr. Arend Oetker Chair of Business Psychology and Leadership an der HHL Leipzig Graduate School of Management sowie Managing Director des Center for Leadership and Values in Society an der Universität St. Gallen.*